

Roderich Kieseletter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kieseletter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kieseletter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kieseletter@wk.bundestag.de



Kieseletter kompakt

03/2012

Landwirte in Baden-Württemberg profitieren / Persönliche Notizen

Deutscher Bundestag beschließt Organisationsreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Der Deutsche Bundestag debattierte in dieser Woche abschließend einen von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Wesentlicher Bestandteil der nun von der christlich-liberalen Koalition beschlossenen Reform ist die Errichtung eines bundeseinheitlichen Trägers als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser soll künftig für die Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung dieser bedeutungsvollen Branche zuständig sein. Bei Wahrung des bewährten Prinzips der Selbstverwaltung werden die bisherigen 36 regionalen Träger der Sozialversicherung der „grünen Berufe“ in den neuen Bundesträger eingegliedert. In die neue Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird auch die landwirtschaftliche Sozialversicherung Baden-Württemberg einschließlich ihrer Versicherten integriert.

Für den Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, ist die Gründung eines gemeinsamen Bundesträgers ein notwendiger Schritt: „Die Vielzahl unterschiedlicher Träger ist bei der sinkenden Anzahl von Versicherten nicht mehr vertretbar – der gemeinsame Bundesträger wird die Effizienz der landwirtschaftlichen Sozialversicherung erhöhen.“ Dies sei auch geboten, damit langfristig der Bundeszuschuss aus Steuermitteln gerechtfertigt werden könne. Thomas Strobl hob an diesem Donnerstag in Berlin hervor, dass im Zuge dieser Re-

form der Bund bis 2014 150 Mio € zusätzlich für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bereitstellt – dies werde sich beitragsenkend für die Landwirte in Baden-Württemberg auswirken.

Im Gesetzgebungsverfahren konnte erreicht werden, dass die Betriebsmittel der landwirtschaftlichen Unfallversicherung Baden-Württemberg zu einem geringeren Anteil als ursprünglich vorgesehen auf den neuen Bundesträger übertragen werden. Dies war Alois Gerig, Obmann der CDU/CSU im Agrarausschuss, in den parlamentarischen Beratungen ein wichtiges Anliegen: „So bleibt den Versicherten in Baden-Württemberg mehr Geld erhalten, was sich positiv auf ihre Beitragsentwicklung auswirken wird.“

Er sieht durch den neuen Bundesträger die ortsnahe Betreuung der Versicherten grundsätzlich nicht gefährdet: „Die Selbstverwaltung des neuen Trägers ist gefordert, auch bei fortschreitendem Strukturwandel so viel Regionalität wie möglich zu bewahren.“

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU im Bundestag, Peter Weiß, befürwortet die Reform ebenfalls: „Durch Gründung einer Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird die Solidargemeinschaft der Versicherten vergrößert – dies ist besonders im Hinblick auf die zu erwartenden steigenden Gesundheitsausgaben zu begrüßen.“ Ein größerer Versicherungsträger könne gegenüber den Leistungserbrin-

gern bessere Leistungen für die Versicherten aus-handeln. Einen weiteren Vorteil sieht der Abgeordnete für den Wahlkreis Emmendingen-Lahr in der Vereinheitlichung der Beitragsbemessung: „Vergleichbare Betriebe erhalten nun eine vergleichbare Beitragsbelastung – dies ist ein wichtiger Schritt, damit künftig keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Betrieben aus unterschiedlichen Bundesländern mehr bestehen.“

Wir bewerten die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung positiv: „Die Reform stellt sicher, dass die landwirtschaftliche Sozialversicherung eigenständig bleibt und auch in Zukunft die soziale Sicherheit der Landwirte und ihrer Familien gewährleisten kann. Die Union unterstreicht mit der Reform ihre besondere Verbundenheit mit den Menschen in der Landwirtschaft und den dortigen Berufsständen.“

Arbeitsgruppe zu ländlichen Räumen eingesetzt

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik bergen die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird. Die Bundesregierung hat hierzu im Herbst mit dem Demografiebericht und nun mit dem Raumordnungsbericht umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die jetzt ausgewertet werden müssen. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen eine Arbeitsgruppe gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll. Besonders wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren ist die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Unsere Koalition will nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation müssen gefunden werden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ist durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik und Rastatter Abgeordneten Peter Götz in der AG vertreten.

Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf

In dieser Woche nahm der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) seine Arbeit auf. Bei der nichtöffentlichen Sitzung an diesem Donnerstag steckten die elf Mitglieder des Bundestagsgremiums das Vorgehen für die nächsten Wochen ab. Nach den Beschlüssen des Ausschusses wollen sich die Abgeordneten Ende März bei zwei Anhörungen von Sachverständigen über die Struktur der Sicherheitsbehörden und über die Erkenntnislage zur rechtsextremen Szene speziell auch in Thüringen unterrichten lassen. Noch nicht terminiert ist ein Gespräch mit Barbara John, der Ombudsfrau für die Opfer der Zwickauer Terrorzelle. John war früher Ausländerbeauftragte im Land Berlin. Der Untersuchungsausschuss verabschiedete zudem 38 Beweisanträge. Es gilt zu prüfen, welche Erkenntnisse den Behörden zwischen 1992 und 2011 über die Zwickauer Terrorzelle vorlagen, also zu jener Zeit, in welche die zahlreichen NSU-Aktivitäten fielen.

Arbeitsprogramm der EU für 2012

In dieser Woche hat der Bundestag das Arbeitsprogramm der EU für 2012 behandelt, das unter dem Vorzeichen der Euroschuldenkrise sowie der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abkühlung in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union steht. Die Vorhabenplanung ist darauf ausgerichtet, eine Balance zwischen der Stabilisierung öffentlicher Haushalte und der Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Die politischen Handlungsfelder erstrecken sich von der Reform der Finanzmärkte über die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020, die Modernisierung des Schengen-Systems bis hin zur Vollendung des Binnenmarktes.

Terminhinweis

In dieser Woche hat der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, an den traditionellen Politischen Aschermittwoch in Fellbach erinnert. In diesem Jahr hat die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin Ursula von der Leyen, zugesagt, zum größten politischen Stammtisch in Baden-Württemberg nach Fellbach zu kommen. Hier wird die CDU Baden-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Württemberg mit klaren Worten und deutlichen Positionen ihre politischen Vorstellungen und die Alternativen zur grün-roten Landesregierung deutlich machen. Alle Leser sind herzlich eingeladen, am 22. Februar 2012 um 11.00 Uhr (Einlass 9.30 Uhr) in die Alte Kelter nach Fellbach zu kommen, um ein Zeichen der Stärke und Geschlossenheit der CDU-Baden-Württemberg zu setzen.

Zitat:

«Wir müssen den Griechen in die Augen sehen, uns das nationale Interesse anschauen und die Interessen unserer Kinder.»

(Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos am 9. Februar 2012 zu den Verhandlungen über weitere Sparmaßnahmen)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Am 02. Februar nahm ich aktiv an der Bürgerversammlung zum Ausbau der Röttinger Höhe in Aufhausen teil, gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Winfried Mack. Das Regierungspräsidium hat ganze Arbeit geleistet, leider war eine Brückenlösung unter der magischen Zahl von 5 Mio € nicht zu machen. Allerdings sieht die Planung jetzt vor, dass der Kreuzungsbereich vierspurig mit zusätzlichen Abbiegespuren ausgebaut werden soll. Das wäre eine deutliche Verbesserung. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Entscheidung der neuen Landesregierung auf die B29 und unsere Region insgesamt auswirkt, überhaupt keine Neubaumaßnahmen mehr anzugehen. <http://bit.ly/xhZkXo> und <http://bit.ly/wODabZ>

Am vergangenen Wochenende war ich im Auftrag meiner Fraktion bei der Münchener Sicherheitskonferenz, dort habe ich weitere Gespräche auch in Vorbereitung unserer 1. Königsbronner Gespräche am 25. Februar geführt. Bei der Konferenz war sehr die Sorge zu spüren, dass es zwischen Israel und Iran zu einer Eskalation kommt.

Zum Lückenschluß bei der B 492 kommt es endlich zum Planfeststellungsverfahren, das war harte Arbeit, nicht nur für mich: <http://bit.ly/yWkKSn>

Montagvormittag hatten wir eine spannende Sitzung unseres CDU-Landesvorstandes in Stuttgart, wir nehmen die Oppositionsrolle im Land inzwischen aktiv an und haben uns klar zur Polizeireform positioniert. Auch hier ist der Reformansatz ein Beispiel zur Schwächung ländlicher Räume, städtische Strukturen in den Metropolregionen hingegen werden gestärkt.

Am Montagnachmittag erlebte ich in Königsbrunn die Amtseinführung des neuen Landrats für den Landkreis Heidenheim, Thomas Reinhardt, den ich aus meinen Heiße-Eisen-Listen-Treffen mit Ortsvorstehern und Bürgermeistern wie auch in zahlreichen Veranstaltungen sehr schätzen gelernt habe. Am Montagabend ging es dann nach Waldhausen zur Fraktionssitzung unserer Regionalverbandsfraktion.

Diese Woche habe ich Moritz Frey aus Herbrechtingen für das Parlamentarische Austauschprogramm mit USA ausgewählt, herzlichen Glückwunsch! Er wird ab Sommer für ein Schuljahr nach USA gehen. Das ist seit 2010 nun der dritte Teilnehmer aus unserem Wahlkreis an solch einem Programm. Ich hoffe, daß es eine sehr erlebnis- und lehrreiche Zeit für ihn wird.

2. Berlin

Wegen der Amtseinführung des Landrats war ich erst ab Dienstag in Berlin. Norbert Barthle feierte seinen 60. Geburtstag nach, zu dem auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel gekommen ist, eine schöne Würdigung seiner Leistungen als unser haushaltspolitischer Sprecher in finanzpolitisch herausfordernden Zeiten.

Des weiteren war ich als Berichterstatter der Bundestagsfraktion zum Balkan im Zusammenhang mit dem Besuch der albanischen Parlamentspräsidentin in Berlin in verschiedenen Gesprächen gefordert. Stets ging es um die Frage, ob Albanien überhaupt reif zur Verleihung der Kandidaten-Status' für einen EU-Beitritt ist. Ganz klar: Ich sehe das absolut skeptisch, da Albanien bei seinen innenpolitischen Reformen und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität die letzten Jahre verschenkt hat – auch wenn es außenpolitisch eine konstruktive Rolle bei der Aussöhnung zwischen Serben und Kosovo-Albanern gespielt hat. Diese Gespräche fanden u.a. bei unserem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) und auch bei der

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Konrad-Adenauer-Stiftung statt, wo ich eine große Diskussionsveranstaltung mit unserer deutscher Sicht einleitete.

Am Donnerstag hielt ich dann im Plenum des Deutschen Bundestages meine 35. Rede zur künftigen Ausrichtung der deutschen Pakistan-Politik. Das war eine gute Möglichkeit zur grundsätzlichen Positionierung, da ich mit meinem Kollegen Ernst-Reinhard Beck gerade Anfang des Monats für drei Tage in Pakistan gewesen war. Dort habe ich sehr deutlich das große Interesse an Deutschland gespürt, das als ein „ehrlicher Partner“ wahrgenommen wird. Auch der Vorfall in der pakistanischen Stadt Peshawar, aus der man kürzlich drei angebliche Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes ausgewiesen hat, wurde offen angesprochen. Es bleibt dabei: Pakistan ist ein unentbehrlicher, aber schwieriger Partner, den wir außenpolitisch in der Region dringend brauchen und der großen Einfluss auf Afghanistan hat.

Die weitere Woche stand ganz unter dem Zeichen der Entwicklung des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Hierzu hat die CDU/CSU am Freitagmorgen eine Sondersitzung der Fraktion einberufen – es geht um ernste Fragen, die bei allen erheblichen Gesprächsbedarf hervorrufen. Griechenland ist aufgefordert, seine großzügigen Mindestlohnregelungen abzusenken, dort wird 10 € auf die Stunde gezahlt, was zur Folge hat, dass gerade im Tourismus ein Haufen illegale Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen, weil die Betriebe diese im Vergleich zu Nachbarstaaten der Region hohen Löhne nicht zahlen können. Die Finanzminister Polens und Tschechiens wehren sich gegen diese hohen Mindestlöhne, weil sie deutlich über dem Lohndurchschnitt der EU liegen. Ein weiteres Beispiel dafür, daß Griechenland immer noch deutlich über seinen Verhältnissen lebt. Auf der anderen Seite entziehen sich 14.000 vermögende Griechen staatlichen Steuerzahlungen und schulden ihrem Land 35 Mrd € Steuern! Deshalb setzt unsere Bundesregierung auf hartes Nachverhandeln. Am 27. Februar entscheidet der Bundestag über das Gesamtpaket für Griechenland und den €, es bleibt unsicher, ob es zum Erfolg führt, ein Scheitern darf aber nicht an Deutschland liegen. Ein Scheitern hätte Spekulationen gegen weitere €-Staaten zur Folge. Wir brauchen jetzt endlich Ruhe beim €.

Bemerkenswert ist die bundesweite Resonanz im Kampf gegen Extremismus, den ich gemeinsam mit dem Reservistenverband aufgenommen habe, allerdings führt dies auch zu der einen oder anderen Drohbotschaft via Mail: <http://bit.ly/xwOeBO>

3. Sonstiges

Wie Sie wissen, werden am 25.02.2012 zum ersten mal die „Königsbronner Gespräche“ stattfinden – die Einladung haben Sie erhalten. Derzeit sind zwar noch viele Kleinigkeiten zu erledigen, aber die tolle Resonanz freut mich bereits jetzt sehr: Wir haben bereits 200 Anmeldungen! Lesenswert: <http://bit.ly/xywBLr>

Am Samstag CDU Bezirksvorstandssitzung als stv. Vorsitzender, dann 91. Geburtstag meines Großvaters, nächste Woche wieder Wahlkreiswoche, u.a. Schulbesuche in Heidenheim, Hauptversammlung der CDU Unterschneidheim, Besprechung zum weiteren Vorgehen B29 in Mögglingen und etliche Faschingsveranstaltungen im WK.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

